

# Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Raubach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Raubach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Raubach).

## Die Ausgabe

ersolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnemement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mfr.

## Ämtliches Publikations-Organ

der Kädt. Behörden und des Königlich-Ämtlichen Gerichts.

## Inserationspreis

1 spaltige Beizeile oder deren Raum 10 Pf., für ausw. Inf. 12 Pf., Reklamezeile 20 Pf. Bei gerichtl. Beileitung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 52.

Lahn, Dienstag, den 3. Mai 1910.

7. Jahrgang.

## Tages-Nachrichten.

**Berlin.** Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hält laut „Frankf. Ztg.“ am heutigen Montag dem Kaiser Vortrag in Wiesbaden. Am Dienstag siedelt das kaiserliche Hoflager nach dem Neuen Palais bei Potsdam über. — Der Vortrag des Kanzlers betrifft zweifellos in erster Linie die preussische Wahlrechtsreform. Aber auch die parlamentarische Lage im Reich bietet genug Stoff zu mündlichem Bericht. — Der Reichstag bleibt auf den dringenden Wunsch des Kanzlers bis kurz vor Pfingsten in Berlin versammelt, um unter anderem auch noch das Kaligeseh und die Reichs-Werkschutz-Steuer zu verabschieden. Wegen diese beiden Gesetzentwürfe ist bekanntlich eine Flut von Einsprüchen beim Reichstage eingegangen, dennoch werden beide nach den Beschlüssen der von Konservativen und Zentrum gebildeten Mehrheit angenommen werden.

**Berlin.** Die Untersuchung über die Zeppelin-Katastrophe wird sehr eingehend geführt. Der Kaiser ordnete die strengste Untersuchung an. Der Bericht über die Benennung der beteiligten Offiziere soll dem Monarchen persönlich vorgelegt werden. Wegen der Zerschlagung des „Z. II“ werden die Luftschiffer-Manöver nach Metz gelegt.

**Berlin.** Der 1. Mai führte den Bonnemonat mit hellem Sonnenschein und leuchtendem Blättergrün so herrlich ein, daß alle Welt ins Freie eilte, um sich an den Wundern der Natur zu erquicken. Da wurde es von allen Nicht-Sozialdemokraten als ein wahrer Segen empfunden, daß Parks und Straßen nicht für sozialdemokratische Protest-Versammlungen freigegeben worden waren. Außerhalb Preußens waren den Genossen freilich in einer ganzen Reihe von Orten Versammlungen unter freiem Himmel gestattet worden; aber schön war es am 1. Mai da, wo die Freude an der Natur nicht durch politische Kundgebungen beeinträchtigt wurde. — In Berlin merkte man von der sozialdemokratischen Feier wenig. Die zahlreichen Versammlungen waren zwar gut besucht, aber doch nicht so stark, wie es die Parteileitung erwartet und gehofft hatte. In allen Versammlungen gelangte eine gleichlautende Resolution zur Annahme, in der es u. a. heißt: Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung; höchstens 8 stündiger Normal-Arbeitstag, mindestens 30 stündige Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche; Verbot jeder Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter in der Industrie, in der Landwirtschaft, im öffentlichen oder Gesindedienst. Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter. Vor allem, Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alte Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen.

**Potsdam.** Die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des jüngsten Sohnes des verstorbenen Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, mit der Prinzessin Agathe von Ratibor wird Anfang Juni im Neuen Palais zu Potsdam stattfinden.

**Niel.** Der dritte deutsche Dreadnought, der Panzer „Abeinland“ hat seine Ausrüstung vollendet; im Monat Mai werden die Versuchsfahrten in der Ostsee stattfinden. Der vierte deutsche Dreadnoughtpanzer, die „Posen“ wird in einigen Wochen folgen.

**Mess.** Kaiser Wilhelm hat seine Freude über die vorzügliche Haltung der bayerischen Truppen bei der Parade in Metz in einem herzlichen Telegramm an den Prinzregenten Luitpold Ausdruck gegeben. Der Prinzregent dankte für die warme Anerkennung.

**Straßburg.** Gelegentlich der Tafel beim Bezirks-Präsidenten Grafen Zeppelin unterhielt sich der Kaiser nach der „Frankf. Ztg.“ eingehend mit dem

Reichstagsabgeordneten Dr. Grégoire über die elsass-lothringische Verfassungsfrage. Der Kaiser will den Wünschen Elsass-Lothringens in jeder Weise Rechnung tragen. Er versichert, daß er seinerseits der schnellen Lösung der Frage keine Schwierigkeiten in den Weg legen wolle. Bezüglich der parlamentarischen Vertretung des Landes wünschte der Kaiser ein Zweikammer-System. Der Kaiser wiederholte seine Straßburger Äußerung, daß er selbst Landesherr von Elsass-Lothringen bleiben werde.

**Wien.** Kaiser Franz Joseph, der im vorigen Jahre wegen der politischen Wirren nur wenige Tage in Budapest residierte, will in diesem Jahre volle vier Wochen in der ungarischen Hauptstadt verweilen und sich am 9. d. Mts. dorthin begeben.

**Konstantinopel.** Der von Bulgarien unterstützte Albanesen-Aufstand macht den Türken doch weit mehr zu schaffen, als sie anfänglich geglaubt hatten. Die Angabe, daß die Aufständischen sich aus dem Engpaß von Ratschanik in größter Unordnung ins Gebirge geflüchtet hätten, begegnet starken Zweifeln. — Die Albanesen sollen unter ihren Führern einige besonders erfahrene ehemalige Angehörige der Leibwache des Sultans Abdul Hamid haben. Der Aufstand richtet sich also gegen das Jungtürkentum.

**Konstantinopel.** Die ausländischen Albanesen sind durch die nachdrücklichen Niederlagen der jüngsten Tage schnell kurier worden, sie beschloßen der Regierung keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten und den Sultan Mohammed V. anzuerkennen.

## Deutscher Reichstag.

Der Reichstag genehmigte am Freitag das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit Ägypten, überwies die Vorlage betr. Gewährung von Diäten an die Kommissionsmitglieder an eine Kommission und begann sodann die Beratung der Vorlage betr. 23 Millionen ersliche Aufstaudsausgaben für Deutsch-Südwestafrika. Staatssekretär Dernburg wies in eingehenden Ausführungen den Antrag Erzberger zurück, der auf eine steuerliche Heranziehung einiger Gesellschaften zu den Aufstaudskosten hinauslief.

Am Sonnabend beendigte der Reichstag die 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Aufstaudsausgaben für Deutsch-Südwestafrika. Abg. Wiemer (f. Bp.) sprach sich gegen den Antrag Erzberger aus. Der Antrag würde, wenn nicht in seiner Absicht, so doch in seiner Wirkung sehr gefährlich sein. Abg. Ledebour (Szd.) trat lebhaft für den Antrag Albrecht ein, der die Aufstaudskosten als eine Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebietes angesehen haben will. Der Redner griff den Staatssekretär heftig an, der ihm zu bureaukratisch war. Abg. Lattmann (w. Bg.) trat für einen von ihm gestellten Antrag ein und betonte, daß der deutsche Ansiedler, der Bauer, das Rückgrat der Kolonie bleiben müsse. Abg. Werner (Resp.) trat für die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Südwestafrikaner ein. Abg. Erzberger (Ztr.) betonte nochmals den gesunden Grundgedanken seines Antrages. Staatssekretär Dernburg bezeichnete ihn jedoch als übereilt und ungerecht. Die „kapitalistische Kolonialpolitik“ sei eins der schlimmsten Schlagwörter. Für große Unternehmen habe man eben ein asso-

ziiertes Kapital nötig. Sonderbestrebungen habe er nicht verfolgt. Der Staatssekretär erklärte sich bereit, noch gewisse Hoheitsrechte zu beseitigen und ein Diamantengesetz vorzubereiten. Abg. Dertzen (Sp.) trat für Besteuerung der Kolonisten ein, allerdings in zulässigem Umfang. Abg. Wugdan (f. Bp.) widerspricht energisch dem Antrag Lattmann. Nach kurzer weiterer Debatte wurde die Regierungsvorlage angenommen unter Ablehnung sämtlicher dazu gestellten Anträge, ebenso die Resolution der Kommission.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Freitag, nachdem der Nachtragsetat betr. den Umbau des Kgl. Opernhauses zu Berlin und betr. die Schutzmauer in Helgoland genehmigt war, die Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ fortgesetzt. In der Debatte wurden insbesondere die Verhältnisse am Kunstgewerbemuseum in Berlin erörtert.

Das Haus erledigte am Sonnabend die zweite Lesung des Kultusetats, genehmigte debattelos die Stats der Staatsschuldenverwaltung und der Ansiedlungskommission, in unerheblicher Debatte den Stat des Abgeordnetenhauses. Beim Kultusetat forderte Abg. Hirsch (Szd.) mehr Staatsmittel für die Säuglingspflege, eine Neuregelung des Hebammenwesens und schärfere Bekämpfung des Wohnungselends und der Tuberkulose, ebenso der Unsitlichkeit. Dem Abg. v. Wenden (f.) sagte Kultusminister von Trott zu Solz regere Unterstützung des Diakonienwesens zu. Abg. Moys (ntl.) forderte die Regelung des Hebammenwesens. Abg. Dr. Bachnick (Sp.) fragte nach dem Stande des längst fälligen Feuerbestattungsgesetzes, unser Bevölkerungszuwachs zwingt zur Feuerbestattung, die kirchlichen Bedenken seien hinfällig. Bei der Einzelbesprechung des Kapitels „Medizinalwesen“ wurden eine Reihe spezieller Wünsche vorgebracht. Dabei klagte Abg. Beyer (Ztr.) über die hohen Kosten der Desinfektion, namentlich auf dem Lande, und Abg. Gottschalk (f.) forderte Rücksichtnahme auf leistungsschwache Gemeinden bei der Zahlung von Leichenschaugebühren. Beim Stat des Abgeordnetenhauses, der nur interne Angelegenheiten zur Sprache brachte, erklärte Abg. Wallenborn (Ztr.), die Eisenbahnfreikarten für die Abgeordneten wären eine schöne Festgabe gewesen. Die Abgeordneten seien gegen die Regierung doch immer so anständig gewesen. Der Redner wünschte gleichfalls eine frühere Bekanntgabe der Einberufung des Abgeordnetenhauses. Auch die Abgg. Friedberg (ntl.) und Demis (f.) forderten in energischer Weise die Freifahrtkarten. Abg. Bachnick (Sp.) meinte, in der Freifahrtfrage lege es die Regierung des Herrn v. Bethmann offensichtlich darauf an, das Parlament planmäßig herabzusetzen. Auch Abg. Leinert (Szd.) kritisiert das Verhalten